

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 5

Artikel: Iran vor Wahlen und Entscheidungen
Autor: P.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Iran vor Wahlen und Entscheidungen

Dem gegenwärtigen Regime in Iran wachsen die Probleme über den Kopf. Und die Sowjets sind bereit, sie auf ihre Weise zu lösen. Auf Kosten einer Führung, die ihr Schicksal verdient hätte. Aber vor allem auf Kosten der Bevölkerung, die endgültig betrogen würde.

Im März soll das neue Parlament Irans gewählt werden. Ihm wird die Lösung nicht nur der Geiselfrage zufallen, sondern auch der schweren innenpolitischen Probleme sozialer und wirtschaftlicher Natur. Ob es allerdings Macht und Fähigkeit zur Bewältigung dieser Aufgaben haben wird, ist zweifelhaft.

Das Charisma von Ayatollah Khomeiny könnte die Position von Parlament und Regierung ebenso unterminieren, wie das bei Ministerpräsident Bazargan der Fall gewesen ist. Immerhin scheint sich Präsident Bani Sadr nach seinem eindrucksvollen Wahlerfolg in der Geiselfrage jetzt durchzusetzen.

Die neue Verfassung vom Dezember 1979 hat die Lage nicht vereinfacht, sondern eine komplizierte Struktur sich überlagernder Autoritäten geschaffen. Gesetze, die vom Parlament be-

schlossen werden, müssen zur Genehmigung dem «Rat der Wächter» vorgelegt werden, der aus sechs Mullahs und ebenso vielen islamischen Rechtsgelehrten besteht.

Der Präsident selber, im Januar gewählt, muss sich den Anweisungen Khomeinys beugen. Der Ayatollah bleibt der oberste religiöse Führer des Landes und verfügt zudem über weitreichende staatspolitische Kompetenzen. Unter gewissen Umständen kann er den vom Volk gewählten Präsidenten absetzen. Ihm obliegt es, den Oberkommandierenden der Streitkräfte, den Chef der Justiz sowie die Hälfte der Mitglieder des «Rates der Wächter» zu ernennen.

Das neue Parlament wird vermutlich von der grössten, der Islamisch-republikanischen Partei, beherrscht sein. Indessen beteiligen sich verschiedene oppositionelle Gruppierungen ebenfalls an den Wahlen, so die Liberal-nationale Front und die Moslemische Volksrepublikanische Partei. Es bleibt abzuwarten, ob die religiösen Führer die von liberalen und ethnischen Minderheiten unterstützten Kandidaten überhaupt zulassen werden. Die komplizierten Strukturen sich überlagernder Autoritäten werden die Position schwächen, die gemeinhin einem vom Volk gewählten Parlament zukommt. Die Regierung wird es dementsprechend schwer haben, die anstehenden Probleme zu lösen.

Diese Probleme sind offensichtlich. Es geht vorab darum, den Islam mit den materiellen Fragen des Volkswohlstandes in einer stabilen Gesellschaft in Einklang zu bringen — oder umgekehrt. Dazu kommen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Autonomiebestrebungen in verschiedenen Provinzen.

Die Industrie — mit Ausnahme des Erdölsektors — befindet sich in der Nähe eines Chaos. Die Arbeitslosigkeit wird offiziell mit einer halben Million Schulabsolventen angegeben, dürfte in Wirklichkeit aber zwischen 2,5 und 4 Millionen auf eine Arbeiterzahl von total 12 Millionen betragen. Sogar die Landwirtschaft bekundet Mühe. Streitigkeiten über den Landbesitz halten die Aussaat auf. Es fehlt an Saatgut und Viehfutter.

Die Erdöleinnahmen sind gesunken. Sie bezahlen seit langer Zeit die Importe und werden der wichtigste Devisenbringer bleiben. Die Erdöleinnahmen werden am 21. März, dem Ende des iranischen Jahres 1358, etwa 21 260 Millionen Dollar betragen, gegenüber 21 930 Millionen ein Jahr zuvor und 22 630 Millionen zwei Jahre zuvor. Ohne die massiven Preisaufschläge wäre die

Einnahmenminderung noch härter ausgefallen, weil die Oelförderung erheblich gelitten hat.

Die wirtschaftlichen und die damit verbundenen sozialen Probleme sind schwer genug für die neue Regierung. Aber sie wird sich zudem mit der Minderheitenfrage befassen müssen, zumal in verschiedenen Provinzen Autonomie- und sogar Sezessionsregungen sichtbar werden.

Die Kurden verfolgen ihr Postulat für eine Autonomie von Kurdistan. Ihr religiöser Führer Hosseini verfügt über recht grosse Gefolgschaft. Er hat schon im Januar Teheran beträchtliche Schwierigkeiten bereitet, und diese dauern weiter an. In der Provinzhauptstadt Sanandaj ist es wiederholt zu schweren Zwischenfällen gekommen.

Seit langem schwelt der theologische und politische Konflikt einerseits zwischen Ayatollah Khomeiny und seinen Vorstellungen von einem fundamentalistischen theokratischen Staat, und andererseits Shariat Madari und dessen Ueberzeugung, dass die Mullahs die Staatsgeschäfte den Politikern überlassen sollten. In Aserbaidschan und sogar in Khomeinys Hochburg Qom ist es deswegen mehrmals zu schweren Ausschreitungen gekommen. Es wird angenommen, dass Shariat Madari unter Hausarrest steht. Wie lange seine Anhänger das hinnehmen, ist eine offene Frage.

Im südlichen Küstendistrikt von Bandar e Lengeh, in der Nähe der Strasse von Hormuz, hat es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten gegeben.

In der Provinz Khusistan gibt es fast tägliche Sabotageanschläge, die vielleicht über die Grenze hinweg aus dem Irak organisiert werden. Bekannt wurde ein Scharmützel anfangs Januar in der Stadt Masjed Sulaiman, das einem Protest arbeitsloser Schullehrer folgte und 200 Verletzte kostete; eine Pipeline in den Oelfeldern wurde zerstört. Der Führer der Araber in Khusistan, Scheich Khaqani, ist ebenfalls in Qom unter Hausarrest.

In Beludschistan herrscht eine gefährliche Ruhe wie vor dem Sturm. Die Beludschen verlangen Autonomie nach dem Beispiel der Kurden. Die turkmenischen Stämme bewaffnen sich auch.

Auch in Zentraliran wächst die Unzufriedenheit mit den Revolutionären Komitees, die Khomeiny an die Macht gebracht haben.

So gibt es schwere Minderheitenprobleme mit den Arabern in Khusistan, den Beludschen an der Grenze zu Pakistan und zu Afghanistan, den Turkmenen im Nordosten, den Kurden in Kurdistan und den türkischen Aserbaidschanis. Sie alle werden von einer sowjetischen Radiostation, die sich «Nationale Stimme Irans» nennt und sich in Baku befindet, aufgewiegelt.

Es würde an ein Wunder grenzen, wenn es der neuen Regierung Irans gelingen sollte, diese schweren Probleme in nützlicher Frist zu meistern. Die Gefahr eines Chaos wächst. Je mehr sich das Wasser trübt, desto mehr werden die Sowjets zu Fischzügen ansetzen, auch von Afghanistan aus.

Wie kann sich Iran auf die Dauer ohne westeuropäische Hilfe dem Moskauer Sog entziehen? Der wachsende Aufmarsch sowjetischer Truppen halb um Iran wird das zu verhindern versuchen. Wenn die Sowjetunion das Verfügungsrecht über Irans Erdöl gewinnt — 10 Prozent der Welterdölförderung im Jahre 1977 — wird sie einen gewaltigen Schritt gemacht haben: Westeuropa würde erpressbar. P.S.

rum für seine Vorstellungen über den Kurs der Blockfreien gefunden hätte. An diesem schweren Verzicht kann die Härte der kubanischen Krise gemessen werden.

Vielleicht wollte Castro auch nur einer Situation ausweichen, die ihn in grösste Verlegenheit gebracht hätte. Im Mai letzten Jahres und besonders als Gegenspieler Titos hatte er versucht, die Blockfreien zu einer Annäherung an Moskau zu bewegen, weil, wie er unermüdlich betonte, die Sowjetunion der natürliche Alliierte der Blockfreien sei. Diese Behauptung nimmt sich nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan und im Lichte der starken internationalen Ablehnung dieser Besetzung gar nicht gut aus. Castro verblieb die Wahl, entweder die Invasion zu billigen oder Stillschweigen zu bewahren. Er zog das zweite vor, und auch die kubanischen Medien berichteten nur indirekt über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan.

Aber offenbar wurde die Frage Afghanistan in der kubanischen Führung diskutiert. Es gab Gerüchte, wonach die Brüder Fidel und Raul wegen ihrer Differenzen in der Frage der Entsendung kubanischer Truppen nach Afghanistan in eine Schiesserei verwickelt waren. Als man darüber den kubanischen Botschafter in Mexiko, Fernando Lopez Muino, am 23. Januar befragte, antwortete er, es sei kindisch zu glauben, dass Kuba Truppen nach Afghanistan entsende, «wenn sich dort Tausende von Truppen einer der mächtigsten Armeen der Welt befinden, der Armee der Sowjetunion.» ■